

Klaus Harpprecht

Ist die FDP noch eine Bürgerpartei?

Bürgertum und Bürgerlichkeit sind, nach herkömmlichem Verständnis, Synonyme für Solidität, Substanz und Stetigkeit. Die Freien Demokraten verstehen sich gern als die bürgerliche Partei schlechthin. Doch keine politische Formation ist seit der Auferstehung demokratischen Lebens unter den Fittichen der (West-)Alliierten so häufigen und so gravierenden Wandlungsprozessen unterworfen wie die FDP (mit und ohne Pünktchen).

Im Südwesten der Republik trat die FDP zunächst als Demokratische Volkspartei auf, gelenkt von Theodor Heuß und Reinhold Maier, beide liberal und beide Zeugen einer altväterischen Bürgerlichkeit, von der sie meinten, sie habe den »Zivilisationsbruch« des Dritten Reiches überstanden. Beide hatten am 23. März 1933 im Reichstag für das »Ermächtigungsgesetz« gestimmt, das dem neuen Reichskanzler Adolf Hitler diktatorische Vollmachten zugestand, mit denen er die Freiheit und den Rechtsstaat entschlossen erstickte. Die beiden hatten gehofft, der »Führer« werde die braune Revolution in »geordnete Bahnen« lenken. Er tat es. Auf seine Weise.

In Hessen, im Nordwesten und im Norden der jungen Republik (partiell auch in Franken) regte sich nach 1945 das nationale Element in manchen freidemokratischen Zirkeln ohne zu große Scheu. Kaum ein besonnener Geist dachte gründlich darüber nach, dass die Spaltung des Bürgertums in eine national-liberale Bismarck-Partei und die freiheitlichen Fortschrittsparteien die Einwicklung zur parlamentarischen Demokratie blockierten. In seinem antikatholischen »Kulturkampf« zog der »Eiserne Kanzler« die Liberalen an seine Seite. Zum anderen hätte sich die Sozialdemokratie Bebels einer breiten demokratischen Allianz mit dem bürgerlichen »Klassenfeind« verweigert. Versäumte Chancen: SPD, Zentrum und die Liberalen beider Flügel hatten bei den Reichstagswahlen 1912 nahezu eine Dreiviertelmehrheit erobert. Gemeinsam wä-



picture-alliance

Klaus Harpprecht

(* 1927) ist Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war Berater von Willy Brandt. Seit 2007 Mitherausgeber der *Anderen Bibliothek*. Zuletzt erschienen: seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff. 2010 erhielt er den Lessing-Preis der Stadt Hamburg.

ren sie in der Lage gewesen, jede Reform zu erzwingen.

Christen beider großen Konfessionen zogen 1945 nach den Katastrophen die Konsequenz: Sie vereinigten sich. Im sogenannten »bürgerlichen Lager« (oder was davon übrig war) aber hatten sich die nationalen Ressentiments partiell tiefer eingefressen. Zu Anfang der Fünfziger Jahre versuchte ein Nazi-Club, der sich um den Goebbels-Staatsekretär Werner Naumann, den einstigen Reichskommissar in Dänemark SS-General Werner Best und den NS-Diplomaten Ernst Achenbach formierte, die FDP in Nordrhein-Westfalen zu unterwandern. Die Kerntruppe wurde von den Briten 1951 – zwei Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik! – kurzerhand verhaftet (was keines ihrer Mitglieder davon abhielt, Karriere zu machen).

Es hat seine eigene Ironie, dass sich im gleichen Nordrhein-Westfalen eine liberale Renaissance vollzog, die 1966 den Sturz der christlich-demokratischen Landesregierung erlaubte und damit der sozial-liberalen Koalition Willy Brandts mit Walter Scheel im Herbst 1969 den Weg ebnete. Mit anderen Worten: Im freidemokrati-

schen Bürgertum hatte – vorübergehend – die Partei der Citoyens über die der Bourgeois gesiegt. Brandt erkannte in der Allianz der Sozialdemokratie mit den Liberalen die späte Vollendung der gescheiterten Revolution von 1848, und sprach von einem »neuen Bürgergeist« der Deutschen. Er hatte Recht. Für ein Jahrzehnt, das unauslöschbare Spuren hinterließ. Die wichtigste: dass die Sozialdemokraten lernten, sich als Bürger (im Sinn des Citoyen) zu bekennen – wie zum anderen junge Menschen traditionell bürgerlicher Schichten in der SPD ihre politische und soziale Heimat suchen konnten.

Walter Scheels Nachfolger Hans-Dietrich Genscher, an die zwei Jahrzehnte Außenminister der Republik, vereinte sozusagen beide Bürgerseelen der FDP in seiner Person: bis er es, unter dem Druck des Wirtschaftsflügels seiner Partei, an der Zeit fand, die Fronten zu wechseln und Helmut Kohl ins Kanzleramt zu befördern – ein heimlicher Bundesgenosse schon lange, der (wie Genscher selbst) jenseits der klassischen Bürgertypen des Citoyen und des Bourgeois die kleinbürgerliche Prägung der deutschen Gesellschaft wichtig verkörperte.

Wiederum ist es kein Zufall, dass in Nordrhein-Westfalen die beiden Jungtalente gediehen, die es sich in die Köpfe gesetzt hatten, die FDP von neuem als die dritte Partei der Republik vor den Grünen zu etablieren: Jürgen Möllemann und Guido Westerwelle, der eine Lehrer, der andere ein junger Anwalt aus Bonn, beide eher nach rechts als nach links tendierend, eher »wirtschaftsliberal« gestrickt und damit in der Partei der »Besserverdienenden« zuhaus, beide von Ehrgeiz besessen, jederzeit und um nahezu jeden Preis die Aufmerksamkeit der Medien suchend.

Möllemann diktierte nach einem eindrucksvollen Wahlgewinn in Düsseldorf seinem Gefährten Westerwelle das utopische Ziel von 18 % für die Bundestagswahl. Der Vorsitzende malte die Zahl vor seinen

Auftritten in den Talkshows auf seine Schuhsohlen, ohne zu ahnen, dass der Trick aus den einschlägigen Lokalen von Budapest stammte, in denen die Damen den potentiellen Klienten ihre Schühchen vom Barhocker aus entgegenstreckten, um mit dem »gag« die Preisdebatte ohne Umstand zu erledigen.

Es kam schlimmer: Möllemann zettelte in Minibroschüren eine Debatte über den Zentralrat der Juden in Deutschland und vor allem über den aggressiven Fernseh-Moderator Michel Friedmann an, die ihn nicht zu Unrecht dem Verdacht aussetzte, er spiele mit antisemitischen Ressentiments. Die Kampagne wurde, wie sich später erwies, aus luxemburgischen Konten finanziert. Woher das Geld stammte, ist nicht geklärt. Immerhin muss erwähnt werden, dass zu den Ehrenämtern, die Möllemann versah, auch das des Präsidenten der Deutsch-Arabischen Gesellschaft zählte. Man kennt das traurige und eher unbürgerliche Ende der Affäre, von der sich Westerwelle mit Geschick distanzierte. Sie ist nahezu vergessen.

Man kreidet die Peinlichkeiten weder dem Bourgeois noch dem Citoyen an. Welchem Typus neigt der FDP-Vorsitzende zu – wenn denn überhaupt einem? Zum Wirtschaftsbürger fehlen ihm die Kenntnisse. Darum fiel ihm zur Krise der vergangenen Jahre nichts ein als die Litanei von den Steuern, die zu senken seien, von Wirtschaftsminister Brüderle und den anderen Klein-Granden gebetsmühlenhaft nachgeplappert. An dieser Parole schreit er sich bis heute heiser. Ein Exkurs ins Feld des Bildungsbürgertums missglückte: altrömischer Dekadenz seien wir verfallen, verkündete er lauthals. Aber welcher? Der reichen Elitebürger vom Schlage des Krösus, die sich mit Pflaumenfedern die dicken Häuse kitzeln ließen, bis sie lustvoll kotzend Platz für eine zweite Portion von Nachtigallen-Zungen geschaffen hatten? Oder wollte er vor der Meute der Hartz IV-Prolls warnen, die nach *panem et circensis*

und dem Auftritt christengeiler Löwen brüllen?

Erfüllt die FDP in ihrem derzeitigen Zustand die Kriterien einer bürgerlichen Partei – im Sinne von Solidität, Substanz und Stetigkeit (siehe oben)? Sie ist gewiss keine Partei, die den Bürgergeist Willy

Brandts geerbt hat, keine, die Konrad Adenauer nicht noch gründlicher verachtet hätte als die seines Vizekanzlers Blücher, vermutlich auch keine, in der sich Otto Graf Lambsdorff wohl fühlen würde. Frau Merkel wird es ihren Duzfreund Guido eines Tages wissen lassen.

Richard Meng

Bürgerlich? Auch das!

Wider eine falsche Abgrenzung der Linken vom Zentrum der Gesellschaft

Verbürgerlichung? Im links-kulturellen Sprachgebrauch klingt das abschätzig. Ein anderes Wort für nachholende, prinzipienschwache Etabliertheit. Der neueste Belegfall in diese Richtung: die Grünen. Deren Anpassungsprozess an Mainstreamings ist rapide. Aber wer nur deshalb den bürgerlichen Milieus mit Abgrenzung begegnet, weil die Grünen dorthin streben, wo Konservative und Neoliberale ihr natürliches Mehrheitsreservoir sehen, macht einen schweren Fehler. Und misstraut sich selbst.

Bei diesem Thema ist eine Verständigung über den Kernbegriff tatsächlich das Problem. Auf der Linken verstehen viele unter »Bürgertum« immer noch die alten, konservativen Besitzbürger früherer Jahrhunderte, gegen deren gesellschaftliche Vormacht die Lohnabhängigen angehen müssen. Eine Gesellschaftsgruppe also, zu der man sich wahrlich nicht zählen muss. Auf der Rechten – und oft übernommen von den Medien – wird »bürgerlich« seit Jahrzehnten eher als politischer Lagerbegriff verwendet, parteipolitisch ausgelegt: als Etikett für Schwarz-Gelb, durchaus ausgrenzend gemeint.

Inzwischen, mit dem Hineinwachsen der rot-grünen Generation in die prägenden gesellschaftlichen Rollen und Kreise, geht es bei der Bezugnahme aufs Bürgerliche wild durcheinander. Weil unterschiedliches gemeint wird, wenn das Wort fällt. Diese Generation ist natürlich nicht zu reduzieren auf jene, die sich parteipolitisch



Richard Meng

(* 1954) ist Sprecher des Senats von Berlin.

sprecher@senatskanzlei.berlin.de

grün zuordnen. Sondern sie umfasst die kulturelle Mehrheit unter den heute 40-60jährigen, die in der neuen Gedankenfreiheit der Nach-68er-Jahre aufwuchsen. Und sich – mit einem gewissen *pourquoi-pas*-Gefühl – heute als diejenigen empfinden, die sehr zu Recht auch im Zentrum der Gesellschaft das Erbe der Aufbaugeneration antreten.

Auch die alte Unterscheidung zwischen Bourgeois und Citoyen hilft nicht mehr weiter. Sie basiert auf Gesellschaftsstrukturen, die es so nicht mehr gibt. In Zeiten der neuen gesellschaftlichen Spal-